

KURZPOSITION

US-Russlandsanktionen

Die US-Administration hat am 6. April 2018 Sanktionen gegen russische Staatsangehörige und Unternehmen erlassen. Unter anderem war der ehemalige Präsident des größten russischen Aluminiumherstellers (Rusal) von den US-Sanktionen betroffen. Durch die Sanktionen hatten sich erhebliche Marktverschiebungen in Deutschland ergeben, die sich durch die gesamte Lieferkette gezogen haben. Es ergaben sich Lieferengpässe bei Rohaluminium bzw. Aluminiumoxid. Der Preis für Aluminiumoxid war im Jahr 2018 zwischenzeitlich um 65 Prozent gestiegen. Die WVMetalle begrüßt deshalb die Endlistung von Rusal und hofft auf eine Stabilisierung des Marktes.

1. Hintergrund

Die USA haben am 6. April 2018 Sanktionen gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch sie kontrollierte Unternehmen sowie gegen **siebzehn russische Regierungsfunktionäre**, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank erlassen. Das neue US-Maßnahmenpaket (Executive Orders 13661, 13662 und 13582) nimmt Bezug auf **Sektion 241** des „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)“ vom August 2017.

Unter den sanktionierten Personen befand sich Rusal-Eigentümer **Oleg Deripaska**. Das hat zur Folge, dass **Aluminium in Rohform und/oder Tonerde** von der Firma Rusal mit einem de facto Embargo belegt wurde. Deripaska hat Ende Mai 2018 angekündigt, seinen Anteil an Rusal auf unter 50 Prozent zu senken und seinen Einfluss drastisch zu reduzieren. Diese Ankündigung führte aber nicht dazu, dass die US-Administration die Sanktionen gegen Rusal aufhob oder Oleg Deripaska von der Sanktionsliste entfernte wurde.

Aufgrund dieser Entwicklung und wegen Rusals **wichtiger Marktposition** hatte sich ein Versorgungsengpass in der EU und Deutschland eingestellt. Im Jahr 2017 wurden **744.853 Tonnen** Aluminium in Rohform (nicht legiertes Aluminium) nach Deutschland importiert. Davon kamen **233.267 Tonnen** aus Russland. Somit wurden **31 Prozent** des gesamten im Jahr 2017 nach Deutschland eingeführten Rohaluminiums aus Russland importiert, ein großer Anteil davon durch Rusal. Auch auf europäischer Ebene sind die Lieferbeziehungen zu Russland intensiv. Russland ist mit knapp **1,6 Mio. Tonnen Rohaluminium** der größte EU-Exporteur. Schätzungsweise 20 Prozent der Rohaluminium-Importe stammen von Rusal. Überdies ist Rusal und deren Tochterunternehmen für die Versorgung mit Aluminiumoxid (Tonerde)¹ von entscheidender Wichtigkeit für den deutschen Markt. Die Abhängigkeit des deutschen Marktes schätzen wir auf 1/3 der gesamten Importe. Zudem ist das Unternehmen für ca. 45 Prozent des Gesamtbedarfes in der EU verantwortlich.

¹ Aluminiumoxid wird bei der Herstellung von Aluminium benötigt. Bei der Herstellung einer Tonne Aluminium werden zwei Tonnen Aluminiumoxid benötigt.

2. Wirkung auf die deutsche NE-Metallindustrie

Die WVMetalle hat im Jahr 2018 immer wieder die negativen Effekte der US-Sanktionen auf die Preisstruktur von Aluminiumoxid und Aluminium hingewiesen. Der Preis von Aluminiumoxid war seit dem **2. Januar 2018 von 393 USD die Tonne auf 645 USD die Tonne** gestiegen². Somit ergaben sich im Laufe des Jahres 2018 Preissteigerungen von **ca. 65 Prozent**. Im Jahresmaximum war die Tonne Aluminiumoxid bei 707 USD notiert. Das Preisniveau von Aluminium war im Jahr 2018 volatil. Preisanstiege um **500 EUR** die Tonne, was einem Preisanstieg von rund **30 Prozent** entspricht, machten die Unsicherheit im Markt deutlich. Die Sanktionen hatten **Marktverschiebungen** für alle Marktteilnehmer zufolge, die in der **gesamten Lieferkette** zu spüren waren.

3. Politische Handlungsempfehlungen

Die WVMetalle respektiert die US-Sanktionen gegen Russland vor dem Hintergrund der internationalen politischen Entwicklungen. Die getroffenen Maßnahmen blieben jedoch nicht ohne wirtschaftliche Folgen für die NE-Metallindustrie in Deutschland und Europa: Die **Versorgungssicherheit** und die Planbarkeit der **Preisentwicklung** waren nicht mehr sichergestellt, was zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber außereuropäischen Anbietern (China, Indien, Golfstaaten) gegangen ist. Deswegen hatten wir angeregt, dass Unternehmen, die nicht unmittelbar mit den Sanktionen in Verbindung stehen oder eine eigene Wertschöpfung in der EU haben – ungeachtet der Eigentümerstruktur – von der Sanktionsliste gestrichen oder Ausnahmen für diese Firmen vereinbart werden.

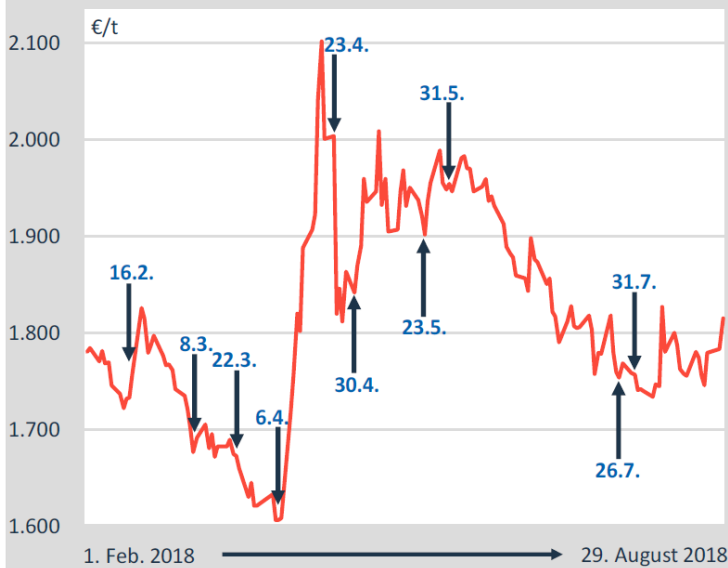
Die größten Probleme bereitete die Firma **Aughinish Alumina**. Es ist ein Tochterunternehmen von Rusal, mit Sitz in Irland. Aughinish ist eine Aluminiumoxidfabrik und beliefert über Partner-Unternehmen die europäische Aluminiumindustrie mit dem Rohstoff Aluminiumoxid, der für die eigene Aluminium-Herstellung in den europäischen Aluminiumhütten notwendig ist. Ohne die gesicherte Versorgung mit Aluminiumoxid kann eine Aluminiumhütte nicht betrieben werden. Produktionsausfälle, die Stilllegung von Anlagen sowie eine kostenintensive und monatelang andauernde Wiederinbetriebnahme sind die Folge, die eine Existenzbedrohung für die Hüttenbetreiber und die ganze auf deren Materiallieferung angewiesene Werkstoffkette in Europa darstellt. Aughinish ist unverzichtbar für die Aluminiumoxid-Versorgung des europäischen Marktes und hat darüber hinaus eine eigene Wertschöpfung mit davon abhängenden Arbeitsplätzen. Aughinish ist zu 100 Prozent im Eigentum von Rusal, womit das Unternehmen komplett sanktioniert wurde.

Nach langen Verhandlungen und vielen Gesprächen wurden am 27. Januar 2019 die Sanktionen von dem Office of Foreign Assets Control (OFAC, Kontrollbehörde des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten) gegen Rusal aufgehoben, siehe [Pressemeldung](#). Das führte zu einer Entspannung im Markt. Die Gefahr weiterer Eingriffe ist jedoch nicht gemindert. Eher im Gegenteil. Die Demokraten haben nach den Midterms eine Mehrheit im US-Abgeordnetenhaus. Das könnte dazu führen, dass die Sanktionen gegenüber Russland wieder ausgeweitet werden.

² Stand: 14. September 2018

4. Entwicklung der Preise

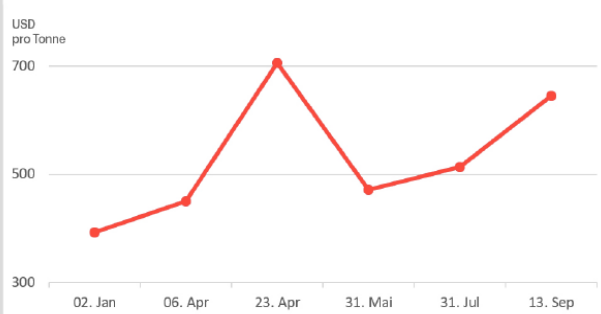
Entwicklung des Börsenpreises für Aluminium



AluminiumHG, LME-Kassa; Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen

- 16.2. Veröffentlichung Untersuchungsbericht
- 8.3. Bekanntgabe US-Zusatzzölle auf Al
- 22.3. Bekanntgabe temporäre EU-Ausnahmen bis 1. Mai
- 6.4. Bekanntgabe US-Russland-sanktionen (Deripaska)
- 23.4. Bekanntgabe Fristverlängerung bzw. General License 14
- 30.4. Bekanntgabe Fristverlängerung EU-Ausnahmen bis 1. Juni
- 23.5. Bekanntgabe US-Untersuchung zu Automobilimporten
- 31.5. Bekanntgabe US-Zusatzzölle auf Al aus EU
- 26.7. Trump-Juncker-Treffen: Deeskalation
- 31.7. Bekanntgabe Fristverlängerung Abwicklung Rusalgeschäfte

Metal Bulletin Preis (Australien) Aluminiumoxid



- 6.4. Bekanntgabe US-Russlandsanktionen
- 23.4. Bekanntgabe Fristverlängerung
- 31.5. Anpassung General License
- 31.7. Bekanntgabe Fristverlängerung
- 23.10. Ende Übergangsfrist

FORDERUNGEN ZUM THEMA SEKTION 241

1. **Schnelle politische Lösung.** Auch bei neuen Sanktionen, welche die Versorgungslage NE-Metall bzw. Aluminiumindustrie negativ beeinflussen, sollte sich Europa klar und eindeutig positionieren. In diesem Kontext steht die Rohstoffversorgung der europäischen Metallindustrie im Mittelpunkt. Denn durch das Interveniieren der US-Sanktionen drohen immense Marktverschiebungen zu Lasten der deutschen Aluminiumindustrie. Deswegen fordern wir generell schnelle und tragfähige politische Lösungen, um Planungs- und Rechtssicherheit für die Industrie zu gewährleisten.
2. **Ausnahme für EU-Unternehmen und klare Regeln hinsichtlich der Betroffenheit von Firmen.** Unternehmen wie **Aughinish**, die eine eigene Wertschöpfung innerhalb der EU haben, an die Arbeitsplätze und die Versorgung des europäischen Marktes gekoppelt sind, sollten grundsätzlich von derartigen Sanktionen ausgenommen werden. Zudem muss die eigentumsrechtliche Lösung fokussiert werden. Hierbei fordern wir klare Schwellenwerte, ab wann ein Unternehmen im Eigentumsverhältnis einer sanktionierten Person betroffen ist und wann nicht.

-
- 3. Längerfristige Verlängerung der Übergangszeit.** Sollte keine schnelle Lösung möglich sein, plädieren wir für eine angemessene Verlängerung von Übergangszeiten. Die Verlängerung sollte den Verhandlern genügend Zeit für zielführende Gespräche einräumen.
-

Berlin, den 21. Februar 2019

Kontakt:

Sebastian Schiweck

Leiter Handels- und Rohstoffpolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 107

E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin